



TIME FOR PUBLIC SERVICES!



DIE WICHTIGSTEN FORDERUNGEN DES EGÖD

*FÜR EIN EUROPA, DAS AUF DEMOKRATISCHEN
WERTEN UND SOLIDARITÄT BASIERT*





INKLUSION MUSS EIN WICHTIGER TEIL DES EUROPÄISCHEN PROJEKTES SEIN

In einer von multiplen Krisen bestimmten Zeit ist das Gründungsziel der Europäischen Union, die Völker in Europa durch Solidarität, Demokratie und gemeinsame Werte einander näherzubringen, relevanter als jemals zuvor. Als bedeutender Gewerkschaftsverband, der Arbeitnehmer/-innen aus zahlreichen Tätigkeitsbereichen des öffentlichen Dienstes vertritt, fordert der EGÖD das Europäische Parlament auf, sich im Rahmen des europäischen Projektes verstärkt für unsere gemeinsamen Werte wie Solidarität, Gleichstellung, Demokratie und Menschenrechte zu engagieren. Dies wird Europa dabei helfen, gemeinsamen Herausforderungen zu begegnen und der weiteren Ausbreitung rechtsextremer und nationalistischer Ideologien etwas entgegenzusetzen. Der EGÖD ist bereit, mit allen diese Werte teilenden Fraktionen im neuen Europäischen Parlament zusammenzuarbeiten und ein Europa aufzubauen, das für die Mehrheit der Menschen von Nutzen ist und nicht nur für eine kleine Minderheit.



ZEIT FÜR ÖFFENTLICHE DIENSTE

Bedarfsorientierte, universelle, bezahlbare, leicht zugängliche und qualitativ hochwertige öffentliche Dienste schützen in Krisenzeiten alle Menschen. Verbindliche Rechtsrahmen in der EU könnten konkrete Vorgaben und Ziele zur Verbesserung öffentlicher Dienste auf unterschiedlichen Ebenen und auf Grundlage des Wertekanons und der Grundsätze öffentlicher Dienste setzen, dazu gehören Gleichstellung, solidarische Finanzierung, demokratische Kontrolle, Mitsprache der Arbeitnehmer/-innen und Bürger/-innen und Evaluierung. Die Digitalisierung sollte diesen Prozess unterstützen. Die Kontroll- und Unterstützungsinstrumente der EU könnten dazu verwendet werden, die auf dem Solidaritätsprinzip basierenden öffentlichen Dienste zu stärken. Der jüngste Covid-19-Bericht des Europäischen Parlaments zieht viele richtige Schlüsse aus der Pandemie, weist aber nicht in ausreichendem Maße darauf hin, dass wir überzeugende, koordinierte und öffentlich finanzierte Aktionen brauchen, um solche Krisen zu verhindern und zu bewältigen. Qualitativ hochwertige öffentliche Verwaltungen, Rechtsstaatlichkeit, Korruptionsbekämpfung und die Respektierung der Menschenrechte sind hier unverzichtbare Koordinaten. Der EGÖD erwartet vom Europäischen Parlament, dass es sich gegen eine weitere Liberalisierung öffentlicher Dienste positioniert und das Insourcing öffentlicher Dienste auch auf kommunaler Ebene unterstützt. Wir fordern die politischen Parteien auf, sich dafür einzusetzen, dass die Europäische Kommission für wichtige grundsatzpolitische Entscheidungen nicht länger externe Consulting-Unternehmen zu Rate zieht. Die europäische Bürgerbeauftragte hat darauf hingewiesen, welche Gefahren für die Öffentlichkeit aus dieser Praxis entstehen. Wir fordern die politischen Parteien auf, sich für kraftvolle, öffentlich finanzierte und demokratisch geleitete digitale Dienste in öffentlicher Hand einzusetzen.



KEINE WEITERE VERTIEFUNG DES BINNENMARKTES

30 Jahre Binnenmarkt haben die soziale Marktwirtschaft in der EU geprägt. Der Binnenmarkt ist insgesamt eine Erfolgsgeschichte, und außerhalb der EU gibt es keine andere Region mit einem so umfassenden grenzüberschreitenden Handel. Wir erwarten vom Europäischen Parlament, sich von der unablässigen Förderung der Freizügigkeit von Waren, Kapital und Dienstleistungen zu verabschieden und statt dessen die Lösung dringender Probleme anzugehen. Covid-19, der Krieg in der Ukraine, die Klimakrise, zunehmende Ungleichheiten und sich verschlechternde Arbeitsbedingungen sowie die Energie- und Nahrungsmittelkrise zeigen, dass zum Schutz der Menschen mehr Maßnahmen und regulatorisches Eingreifen der Regierungen erforderlich sind. Der EGÖD wird mit den Europaabgeordneten zusammenarbeiten, die das Ziel der EU

unterstützen, bis 2050 Klimaneutralität und Netto-Null-CO₂-Emissionen zu erreichen. Dabei geht es in erster Linie darum, das Ausmaß des Klimawandels zu begrenzen. Als Priorität soll festgelegt werden, Arbeitnehmer/-innen, Gemeinschaften und Behörden bei der Anpassung an den Klimawandel durch Maßnahmen für einen gerechten Übergang zu unterstützen, auch durch die erforderlichen Investitionen in sinnvolle und klimafreundliche Arbeitsplätze.



SCHUTZ ÖFFENTLICHER AUSGABEN UND ÖFFENTLICHER INVESTITIONEN

Die Reform des derzeitigen Finanzsystems in Europa als Voraussetzung für die erforderliche Kreditaufnahme zur Finanzierung einer sozialen und produktiven Infrastruktur ist für die weitere Entwicklung innerhalb Europas und auch in außereuropäischen Ländern unverzichtbar. Eine neue Sichtweise auf Staatsschulden und die Finanzarchitektur eines sozialen Europas ist von größter Bedeutung. Parallel dazu sollte das Europäische Parlament entschlossen die Initiativen für progressive, transparente und effiziente Steuersysteme unterstützen, um die Steuervermeidung wohlhabender multinationaler Unternehmen zu stoppen. Diese Unternehmen verstecken ihr Vermögen in Steueroasen, fordern aber gleichzeitig die Einführung von Austeritätsmaßnahmen. Die politischen Parteien in Europa werden zur Unterstützung einer Gesetzgebung aufgefordert, die dafür sorgt, dass mit öffentlichen Geldern oder öffentlichen Aufträgen bedachte Unternehmen bestimmte soziale, umweltrelevante und steuerliche Bedingungen erfüllen müssen. Wir fordern das Parlament auf, sich nachdrücklich bei allen Mitgliedstaaten für die Ratifikation des IAO-Übereinkommens 94 über Arbeitsklauseln bei der Vergabe öffentlicher Aufträge einzusetzen. Die öffentlichen Banken in Europa müssen eine solche Politik unterstützen. Wir wiederholen unsere seit langem bestehende Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer auf Ebene der EU und für eine höhere Kapitalsteuer.



ÖFFENTLICHE GESUNDHEIT UND SOZIALPFLEGE

Die Menschen fordern zu Recht von der EU und ihren Regierungen, der öffentlichen und nicht am Gewinn orientierten Gesundheits- und Sozialpflege Priorität zu geben. Öffentliche Investitionen und Ausgaben werden aber nach wie vor für private Einrichtungen der Gesundheits- und Sozialpflege verwendet. Eine qualitativ hochwertige öffentliche Gesundheitsversorgung ist jedoch ein zweifacher Gewinn für die Geschlechtergleichstellung: Sie verbessert die Arbeitsbedingungen für zahlreiche Frauen, die im öffentlichen Dienst im Einsatz sind, und auch die Qualität der Dienstleistungen, von denen viele Frauen abhängig sind. Besonders in der Pflege muss Europa die kollektiv organisierte und öffentliche Erbringung von Dienstleistungen für hilfsbedürftige Menschen zum Ziel haben und nicht die Förderung individueller Beschäftigungsverhältnisse, die zu Ausbeutung und Missbrauch führen können. Die Stärkung unserer Systeme der sozialen Absicherung, damit sie für alle Menschen in Not sorgen können, ist die richtige Vorgehensweise. Wir fordern die politischen Parteien auf, die Kommerzialisierung der Gesundheitsversorgung, der Langzeitpflege und der Kinderbetreuung zu verhindern und sich für eine Stärkung der öffentlichen Gesundheits- und Sozialpflege für alle einzusetzen.



ENERGIE FÜR ALLE

Die Energiekrise hat wieder einmal bewiesen, dass die Liberalisierung der Energiemärkte keinen Beitrag zu dem gerechten Übergang leisten kann, der den Zugang zu sauberer und bezahlbarer Energie und das Ende der Energiearmut sicherstellt. Initiativen zur Einführung von Zusatzsteuern auf Markttagengewinne sind auf den erbitterten Widerstand der Industrie und des Finanzsektors gestoßen. Auf Grundlage des

Rechts auf Wasser- und sanitäre Grundversorgung muss Europa erneut die öffentliche Kontrolle über die Energieversorgung übernehmen und wieder einen staatlichen Energiesektor aufbauen, der zuverlässig und nachhaltig arbeitet und sicherstellt, dass die Produktion und Verteilung von Energie eine Aufgabe der öffentlichen Daseinsvorsorge ist. Gleichzeitig müssen wir deutlich mehr dafür tun, den schädlichen Energieverbrauch zu reduzieren. Ein gerechter Übergang und Klimagerechtigkeit sind ein fester Bestandteil der nationalen, europäischen und globalen Umverteilungspolitik. Wir möchten, dass sich die politischen Parteien für Übergewinnsteuern und die Stärkung der öffentlichen Energieversorgung einsetzen und gesetzliche Regelungen gegen eine Sperrung der Wasserversorgung erlassen.



EIN FAIRER DEAL FÜR ALLE BESCHÄFTIGTEN

In den vergangenen Jahren konnten sich Arbeitnehmer/-innen und ihre Gewerkschaften wieder verstärkt Gehör verschaffen. Das Europäische Parlament sollte diese Entwicklung begrüßen und Gewerkschaften darin unterstützen, für inklusive Arbeitsplätze und höhere Löhne zu sorgen sowie Arbeitsmarktregulierungen und Kollektivverhandlungen zu entwickeln und zu stärken. Es ist nicht akzeptabel, dass Niedriglöhne und schlechte Arbeitsbedingungen nach wie vor toleriert werden oder dass Frauen und einzelne Gruppen unter Diskriminierung und Gewalt leiden müssen. Auf EU-Ebene muss es darum gehen, dass Gewerkschaften ihrer umfassenden Rolle in der demokratischen politischen Entscheidungsfindung gerecht werden können; dazu gehört auch die Verhandlung gesetzlicher Regelungen mit den Arbeitgebern in Anwendung des Artikels 155.2 des Vertrags. Sachverständige, Beratungsfirmen und Wirtschaftsdelegierte dürfen nicht unseren Platz einnehmen; ihre Finanzierung durch die öffentliche Hand muss beendet werden. Das Recht auf Anhörung und Unterrichtung, auf Gleichstellung und Nichtdiskriminierung, Kollektivverhandlungen, Demokratie am Arbeitsplatz, Arbeitsschutz und sonstige Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz muss ausnahmslos für alle Arbeitnehmer/-innen gelten. Arbeitssicherheit und Gesundheitsschutz sind eine absolute Priorität für die Arbeitnehmerschaft in Europa – wir brauchen eine Richtlinie zu psychosozialen Risiken, die die Bedeutung einer ausreichenden Personalbemessung sowie deutliche Maßnahmen gegen zunehmende arbeitsbedingte Gesundheitsrisiken anerkennt. Arbeitnehmer/-innen und Menschen, die in die EU kommen, müssen umfassende Rechte bekommen. Das Grundrecht auf Asyl muss geschützt werden. Eine sichere und legale Migration sowie sichere Zuwanderungswege in die Europäische Union auf Grundlage der Menschenrechte, der Solidarität zwischen den EU-Mitgliedstaaten und ausreichend personell ausgestatteten Diensten, die die Zugewanderten aufnehmen und betreuen, sind erforderlich. Wir fordern die politischen Parteien Europa auf, sich zu diesem fairen Deal zu verpflichten.



Über den EGÖD

Der EGÖD vertritt insgesamt rund 6 Millionen ArbeitnehmerInnen in mehr als 270 Gewerkschaften in 45 Ländern in Europa, die in folgenden Sektoren aktiv sind:

- Öffentliche, gemeinnützige Sozialwirtschaft sowie Arbeitsplätze im privaten Sektor einschließlich multinationaler Unternehmen
- Kommunal- und Regionalverwaltungen einschließlich Feuerwehren, Büchereien und Kultureinrichtungen
- Gesundheits- und Sozialdienste einschließlich Gesundheitsversorgung, Kinderbetreuung, Altenpflege und häusliche Pflege
- Versorgungsbetriebe und Umweltdienste einschließlich Wasser- und sanitärer Grundversorgung, Energie (erneuerbare Energien, Kernkraft, Verteilung und Übertragung), Entsorgungswirtschaft (Sammeln/Trennung, Recycling und Reparaturen)
- Nationale und europäische Verwaltung einschließlich Finanzbehörden, Strafvollzug und Behörden für Arbeitsaufsicht, Umweltschutz, Lebensmittelsicherheit und Patientensicherheit.